

itzgliederversammlung des Vereins für Kommunalwirtschaft. Nach den Referaten des Kämmerers der Stadt Berlin Dr. Karding und Dr. Seiferts für die deutschen Gemeinden der Tschechoslowakei sprach Stadtrat Breitner, der zunächst die schwierigen Verhältnisse schilderte, in denen der Weltkrieg alle österreichischen Gemeinden zurückgelassen hatte. Furchtbar vernachlässigte Straßen, Schulen und Amtsgebäude, völlig herabgewirtschafteter Hausrat und Möbelbestand in den Versorgungsanstalten und Spitälern, verbrauchte Maschinen bei den städtischen Unternehmungen, eine durch die Hungerjahre zersplitterte und von dem selbstverständlichen Verlangen nach rascher Verbesserung an menschenunwürdigen Zahlungen erfüllte Angestelltenschaft. Die Kassen leer und das Steuersystem, dessen Tragbalken die Mietzinssteuer war, durch die Fortdauer des Mieterschutzes erschüttert. Dann der Hexenkessel der Inflation und zum Schlusse die noch immer andauernde Krise in der Stabilisierung, die ihren Ausdruck in der Tatsache findet, dass es gegenwärtig rund 60.000 Arbeitslose in Oesterreich gibt, davon 87.000 in Wien. Immerhin haben die österreichischen Gemeindevorstellungen, die nur in der Form unregelmäßiger und unzulänglicher Ueberweisungen Nutzniesser der Banknotenpresse waren, zuerst von allen öffentlichen Verwaltungen die Lage erkannt und dementsprechend gehandelt. Beweis dessen die Tatsache, dass das Budget der Gemeinde Wien seit dem 1. Juli 1921 an stets aktiv abgeschlossen hat und die gleiche Feststellung auch bei einer Reihe anderer österreichischer Gemeinden gemacht werden kann. Allerdings ging und geht das nicht ohne scharfen Steuerdruck, der eben überall das unvermeidliche Erbe des Krieges und in Oesterreich noch verstärkt eine Folge der Zerreissung des alten Wirtschaftsgebietes ist. Im unlösbaren Zusammenhang mit den finanziellen Nöten stehen auch die unausgesetzten Kämpfe der öffentlichen Verwaltungen und die Steuerquellen und die Ertragsanteile an den gemeinsamen Abgaben. Eben jetzt erregt wieder die fünfte Novelle zum Abgabenteilungsgesetz die Gemüter.

In den Mittelpunkt seiner Erörterungen stellte Stadtrat Breitner den Mieterschutz, der in Oesterreich noch in seiner strengsten Ausprägung besteht und behandelte die im Gefolge des Versagens der privaten Bautätigkeit den Gemeinden neu erwachsenen Aufgaben. Es sei völlig falsch, wie es bei oberflächlicher und oft gehässiger Betrachtung geschehe, im Mieterschutz eine Art Bolschewismus zu erblicken; es handle sich vielmehr um eine aus der Eigenart der österreichischen Verhältnisse erachtete volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Die österreichische Industrie, führte Breitner aus, ist zu siebzig Prozent auf den Export angewiesen. Sie steht im Wettbewerb mit den oft besser organisierten, technisch glanzvoll ausgestatteten, durch billigen Kredit unterstützten Industrien der übrigen Welt, denen überdies ein grosser zollgeschützter Inlandsmarkt die Lebensfähigkeit verbürgt. Ganz anders liegen die Dinge in dem kleinen, verarmten, durch den Krieg zerrütteten Oesterreich. Das Land vermag noch nicht annähernd den Bedarf an Nahrungsmitteln selbst hervorzubringen. Zum Teil hindert es der gebirgige Charakter Oesterreichs, zum Teil muss erst in zäher Arbeit und mit grossem Kapitalaufwand eine Modernisierung der Landwirtschaft erfolgen. Gegenwärtig müssen in schwächeren Erntejahren noch sehr erhebliche Teile des Getreidebedarfes, ferner Vieh, selbstverständlich alle Kolonialwaren zu den Preisen des Weltmarktes eingeführt werden. In Oesterreich fehlt die Steinkohle nahezu gänzlich. Der Ausbau der Wasserkräfte hat eine Besserung gebracht, aber die starke Abhängigkeit von der Einfuhr keineswegs beseitigt. Abgesehen von Eisen und Holz mangeln eigentlich alle Rohstoffe. Oesterreich ist auf de-

ren Einfuhr angewiesen, die sich selbstverständlich nur zu Weltmarktpreisen vollzieht. Die zentrale Lage Oesterreichs im Innern Europas, die für den Handel ein grosser Vorteil ist, gereicht der industriellen Produktion zum Nachteil. Die Lebensmittel; die Rohstoffe, müssen fast ausschliesslich auf dem teuren Eisenbahnweg herbeigeschafft werden. Die hohen Frachten belasten von vorneherein die Produktion sehr schwer. Das Land ist kapitalarm geworden und daher der Zinssatz für das entliehene Geld weit höher als in allen übrigen Industriestaaten der Welt. Unter diesen schwierigen Voraussetzungen hat Oesterreich den Wettkampf um die Absatzmärkte aufzunehmen. Die Absperrmassnahmen, die Schutzzölle, mögen vielleicht eine vorübergehende Erscheinung sein. Dauernd aber bleibt die folgende Tatsache: Oesterreich, das Kohle, Rohprodukte, Lebensmittel aus dem Ausland beziehen muss, hohe Frachtkosten dafür zu bezahlen hat, soll seine Industrieerzeugnisse im Wettbewerb mit jenen Ländern verkaufen, die sich selbst zu ernähren vermögen, Kohle und Rohprodukte im eigenen Lande haben, denen die geringfügige Wasserfracht zu Lasten kommt, die kapitalreich sind und über billigen Kredit verfügen. Niemand wird geneigt sein, eine österreichische Maschine etwa nur deshalb teurer zu bezahlen, weil sie unter schwierigen Verhältnissen hergestellt worden muss. Die Preise müssen selbstverständlich jeden Vergleich aushalten können. Würde aber der Export stocken, dann könnten wir die notwendigen Lebensmittel nicht mehr einkaufen und die Folge davon wäre ein ungemessenes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, im weiteren Verlauf der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch. Daraus ergibt sich, dass unsere Konkurrenzfähigkeit nur durch verhältnismässig niedere Löhne aufrecht erhalten werden kann, niedriger als sie in anderen Industriestaaten sind. Die Löhne in Oesterreich waren nie hoch. Sie haben sich immer an der Grenze des Lebensnotwendigen bewegt. Die Quoten für Lebensmittel, für Kleidung, der bescheidene Anteil des Lohnes, der für Vergnügungen, für Bildungsbestrebungen bestimmt ist, vertragen keine Kürzung. Eine einzige Komponente ist es, die aus dem Lohn entfernt werden kann, ohne die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Angestellten herabzudrücken. Das ist der Wohnungsaufwand. Er hat in der Vorkriegszeit fünfundzwanzig Prozent des Lohnes eines Arbeiters verschlungen. Ein volles Viertel für eine kleine schlechte Wohnung! Durch die Geltung des Mieterschutzes ist dieser Teil der Ausgaben unbedeutend geworden. Bloss etwa zwei Prozent des Lohnes im Durchschnitt. Fällt der Mieterschutz, dann müssen die Löhne in die Höhe schnellen. Bei der Exportindustrie, von deren Aufrechterhaltung das Schicksal des Landes abhängt, sind Lohnsteigerungen auch nur in einem entfernt annähernd so hohen Ausmass, wie dies bei Aufhebung des Mieterschutzes notwendig werden würde, angesichts der geschilderten ungünstigen Produktionsverhältnisse nicht unterzubringen. Die Nahrung, die Kleidung des Arbeiters aber nemenswert herunterzudrücken, ist gleichfalls unmöglich. Deshalb ist der Fortbestand des Mieterschutzes das höchste wirtschaftliche Gebot im heutigen Oesterreich. Hält man sich diesen volkswirtschaftlichen Tatbestand vor Augen, dann erklärt sich sofort auch ganz zwanglos die Abneigung der Gemeinden, Wohnhausbauten mit Hilfe von Anleihen zu errichten. Die Löhne und Gehälter in Oesterreich sind eben auf der Tatsache aufgebaut, dass der Mietzins im Haushalt keine erhebliche Rolle spielt. Daraus folgert, dass auch die Wohnungen in den Neubauten der Gemeinde Wien nur zu jenen Preisen vermietet werden können, wie sie für Wohnungen der gleichen Ausdehnung, der gleichen Ausstattung, heute landesüblich sind. Anderenfalls müsste es sich ergeben, dass in jeder Fabrik, in jedem Büro, jeden Personen, die mit ihren Lohn angesichts der Niedrigkeit der Mieten immerhin noch das Auslangen finden können, andere Arbeiten, die verloren müsstem, weil sie ein Viertel ihres Lohnes und noch mehr für die Wohnung auszugeben hätten. Diese an sich kleine Minderheit würde entweder in ihrer Lebenshaltung auf einen völlig unerträglichen Zustand herabsinken oder die-

so mit recht Unzufriedenen wären die Träger der notwendigsten Lohnbewegung. Dabei aber könnte diesen Bestrebungen ein wirklich dauernder Erfolg nicht beschieden sein, weil damit letzten Endes der Stillstand der Exportindustrie verknüpft werde. Die Gemeinde kann also für die neuen Wohnungen, mögen die Herstellungskosten wie hoch immer sein, nur den gegenwärtig für Wohnungen dieser Qualität allgemein geltenden Mietszins verlangen. Da alle übrigen Hausbesitzer in Wien zufolge des Mieterschutzes keine Rente beziehen, so kann auch die Gemeinde das in den Häusern investierte Kapital nicht unter Verzinsung bringen. Die weitere Folgerung aus diesem Tatbestand aber ist, dass es nicht angeht, Anleihen für Bauführungen aufzunehmen, aus denen keine Verzinsung und Tilgung des in ihnen steckenden Kapitals zu holen ist. Deshalb also ist der stete Hinweis unüßlich, dass es doch eigentlich ein Gebot der Gerechtigkeit sei, auch jene kommenden Generationen zu Zahlungen heranzuziehen, die in späteren Zeiten diese Wohnhäuser besitzen werden.

Stadtrat Breitner gab einen kurzen Abriss der Wiener Gemeindesteuern, verwies auf die besonderen Schwierigkeiten, die den anderen österreichischen Städten aus ihrer Abhängigkeit von den Landtagen mit durchwegs stürmlicher Mehrheit erwachsen und schloss mit folgenden Worten: Trotz aller ungeheurer Schwierigkeiten, die der Krieg und die Nachkriegszeit in einem Masse wie kaum sonst wo in der Welt den österreichischen Gemeinden gebracht haben, ruht dennoch ihre Verwaltung auf gesunden, festen Grundlagen. Es ist nicht bloss der Friedensstand im Fürsorgewesen behauptet, sondern vielfach ausgestaltet worden. Von den vierundzwanzig Gemeinden von den mehr als zehntausend Einwohnern, die es in Oesterreich überhaupt gibt, haben 21 mit durchaus gutem Erfolg Kommunalisierungen vollzogen, vor allem auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft. Neben dem österreichischen Staat, der durch ausländische Zwangsverträge eingeengt ist, neben den historischen Ländern, die nie in einem sehr tief greifenden Zusammenhang mit der Bevölkerung standen, sind es in erster Reihe die Gemeindeverwaltungen, die in fortschreitender Konsolidierung ihre Lebenskraft bewiesen haben die sich mit erfolgreicher Anstrengung bemühen, den neuen Aufgaben unserer Zeit gerecht zu werden. (Lebhafter Beifall).

An diese Referate schloss sich eine eingehende Aussprache, an der sich Oberbürgermeister Neikes (Saarbrücken), Beigeordneter Seippel (Essen), Bürgermeister Ritzel (Hessen), Präsident Mulert und Bürgermeister Purmann (Bunzlau) beteiligten. Bürgermeister Neikes besprach insbesondere die Gemeindefinanzien im Saarbrückner Gebiet, unter dem Einfluss der Markinflation und später der Francinflation sehr grossen Schwankungen unterworfen waren. Oberbürgermeister Dr. Lueken (Kiel) als Vorsitzender schloss am späten Nachmittag mit Dankesworten an die Gemeinde Wien und an die so zahlreich erscheinenden Besucher die Mitgliederversammlung.

-----

Starker Besuch der städtischen Sommerbäder. Die aussergewöhnliche Hitze am Sonntag brachte den städtischen Sommerbädern einen ungemein starken Besuch. Einschliesslich der Kinderfreibäder wurden in den städtischen Sommerbädern am Sonntag insgesamt rund 28.000 Besucher gezählt. An der Spitze stand wie immer das Gänsehäufel mit 4418 Besuchern. Dann folgt das städtische Strandbad "Alte Donau" mit 2787 Badegästen, dem sich mit 2725 Besuchern das Strandbad Kuchelau anschliesst. Im Luft- und Sonnenbad "Krapfenwaldl" wurden 1694 und im Luft- und Sonnenbad Ottakring 2079 Gäste gezählt. Bemerkenswert ist, dass der Besuch im städtischen Amalienbad nach wie vor ein aussergewöhnlich grosser ist. So wurde am Sonntag diese Badeanstalt von insgesamt 6902 Personen besucht.

-----